

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **16 (1936-1937)**

Heft 7

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

lich für sie eintreten. Zu ihnen gehörte Dr. Schindler, dessen Mahnworte wir erwähnt haben. Aber eben: „es sind nicht alle Offiziere Tellheims!“ — und die Offiziere der Wirtschaft schon gar nicht!

Der Bundesrat hat es, als er sich für seinen Entschluß vor dem Volke und den beiden Kammern verantwortete, an mutigem Auftreten nicht fehlen lassen. Dieselbe Kraft und Offenheit im unvermeidlichen Kampfe mit den nimmersatten Blutegehn, die sich aus eigener Kraft nicht mehr fortbewegen wollen, möchte ihm jeder gute Schweizer wünschen.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Rund um die Abwertung.

Ereignisse entscheidenden Charakters bestimmten die Periode, über die wir heute zu berichten haben. Die Abwertung des Schweizerfrankens! Sie kam nicht unerwartet; man mußte sie seit über einem Jahr fast kommen sehen. Denn die schweizerische Wirtschaftspolitik war in eine Sackgasse geraten, aus der ein Ausweg anders als über die Abwertung des Schweizerfrankens kaum mehr möglich erschien. Das soll natürlich keine Entschuldigung für diese Maßnahme sein, aber es ist eine tatsächliche Feststellung, um die man nicht herumkommen kann. Die Periode der letzten fünf Jahre hat eben gleichsam in der ganzen Welt gezeigt, daß eine wirklich konsequente und kompromißlose Deflationspolitik auf die Dauer überhaupt nicht durchzuführen ist, und zwar vorwiegend aus psychologischen Gründen. Die Welt hat sich nach dem Kriege einen bestimmten Lebensstandard angewöhnt, von dem sie ohne ganz zwingende Not nicht mehr abzubringen ist. Aus diesem Grunde ist die Deflationspolitik sozusagen überall gescheitert und man griff als Ersatz zur Abwertung, was entschieden der bequemere Weg ist, aber ein ungerechter insofern, als damit die Last einfach nach der Seite des geringsten Widerstandes verschoben und dem großen, aber schweigsamen Volk der Sparer und Mittelständler aufgeladen wird. So ist es 1931 in England gegangen, 1933 in den Vereinigten Staaten, 1934 in der Tschechoslowakei, 1935 in Belgien, 1936 in Frankreich, in der Schweiz, in Italien und nochmals in der Tschechoslowakei. Man sieht also, daß es sich bei dieser Bewegung um eine Welle handelt, die nach und nach die ganze Welt überflutet hat und die erst dann zum Stillstand kommen kann, wenn der innere Wert der Währungen untereinander angeglichen ist. Um diese Angleichung wird auf die Dauer kein Land herumkommen. Sobald aber die Gewißheit besteht, daß die Bewegung ihr Ende gefunden hat, müssen auch die devisenrechtlichen Begrenzungen automatisch fallen, weil sonst die ganze Angleichung überhaupt keinen Zweck hat.

Zurzeit allerdings sind wir noch nicht so weit. Das in Paris abgeschlossene Währungsabkommen, dem sich praktisch auch die Schweiz angeschlossen hat, ist ein Dokument von reichlich biegsamem Charakter. Es kann keine Rede davon sein, daß diese Vereinbarung geeignet wäre, wirklich die Ruhe auf dem Währungsgebiet wieder herzustellen. Denn sowohl England wie die Vereinigten Staaten haben sich zwar bereit erklärt, im Gefolge der französischen und schweizerischen Abwertung nicht auch wieder abzuwerten, dagegen für die Zukunft in dieser Richtung nicht die geringste Verpflichtung unterschrieben. Zudem hat der Präsident der Vereinigten Staaten noch ausdrücklich erklärt, er könne auf die ihm bekanntlich vor drei Jahren

erteilte Kompetenz, den Dollar noch weitere 10 % abzuwerten, einstweilen keineswegs verzichten, und die Engländer ließen sich dahin vernehmen, daß sie die weitere Gestaltung der Währung ausschließlich ihrem eigenen Ermessen vorbehalten müßten, je nachdem, was die Interessen der wirtschaftlichen Prosperität von Fall zu Fall verlangten. Das Ei des Kolumbus ist also, wie man sieht, noch nicht gefunden.

Es ist in diesem Falle nicht verwunderlich, daß Deutschland zögert, sich der Bewegung anzuschließen. In keinem Land übrigens ist dieses Problem der Abwertung so schwerwiegend, denn die Leute dort haben noch die Inflationsperiode in den Knochen, die seinerzeit derart entsetzliche Verheerungen auf materiellem und moralischem Gebiet hinterlassen hat, daß selbst ein Diktator von der Popularität Hitlers eine nochmalige Abwertung schon allein aus psychologischen Gründen ohne schwere Rückschläge kaum unternehmen könnte. Andererseits erscheint es beinahe unmöglich, daß Deutschland auf der Basis der sogenannten freien Reichsmark, also der Mark, die sich aus dem Berliner Zwangskurs ergibt, weiter exportieren kann. Denn es stellt sich immer mehr heraus, daß diese freie Reichsmark durchaus fiktiven Charakter hat und der wirklichen Beurteilung der deutschen Währungslage durch das Ausland nicht im geringsten entspricht. Anscheinend ist über diese Dinge im Schoße der deutschen Regierung verschiedentlich debattiert worden und wenn man das Gerücht vom Rücktritt Dr. Schachts hören konnte, so war es bestimmt nicht ohne weiteres als unbegründet anzusehen. Welche Lösung am Ende gefunden wird, ist noch unsicher, doch dürfte es eben kaum die Abwertung sein. Dagegen könnte der Weg in der Schaffung einer Exportmark, vielleicht mit einer der Reichsmark entsprechenden Bewertung, in Frage kommen, wobei allerdings der Staat die Kosten zu übernehmen hätte, während bei der Abwertung der Staat entlastet und nicht belastet ist. Man wird sich fragen, welche Maßnahmen durchzuführen die äußerst angespannte Lage der deutschen Staatsfinanzen überhaupt noch erlaubt.

Es ist in diesem Zusammenhang übrigens auch einigermaßen auffällig, daß, wie sich nun herausstellt, Mussolini seine Diktatorkollegen von der italienischen Abwertung vorher überhaupt nicht unterrichtet hat. Hier spielt die Lage vom Währungspolitischen zum Politischen an sich hinüber, wie denn überhaupt bei der ganzen Abwertungsbewegung der letzten Wochen reichlich politische Erwägungen mitspielten. Auch in Bern. Beispielsweise wurde die Bewegung Italiens von eifertigen Leuten der Presse sofort in der Richtung auf ein Wiedereintrücken Italiens in die französische Front ausgelegt und gewisse Leute waren naiv genug, die Idee von Stresa bei dieser Gelegenheit zu ihrer Wiederauferstehung zu beglückwünschen. In Berlin war man etwas verschuppt, aber wir glauben, man wird sich dort über Freund Mussolini noch lange nicht zum letzten Mal geärgert haben. Denn Mussolini ist wohl einer der machiavellistischen Staatsmänner unserer Tage und er lebt wirklich nicht nur ausschließlich in der Sphäre des Sacro Egoismo, wie andere auch, sondern er verfolgt diese Politik dazu noch mit einer Rücksichtslosigkeit und Strupellosigkeit, die so ungefähr an die Figur des Scarpia in Puccinis „Tosca“ erinnert. So ist die Freundschaft Mussolinis für den andern Partner in der Regel eine durchaus zweifelhafte Angelegenheit und am Worte dieses Diktators gibt es, je nach Umständen, Erhebliches zu drehen und zu deuteln. Wenn man bössartig sein wollte, so ließe sich unter der Spitzmarke „Diktatoren unter sich“ Ergößliches über die Politik im Rahmen der „Neuen Weltanschauung“ berichten!

Auch der Bundesrat hat sich am 26. September auf eine Exkursion politischer Natur begeben. Gar nicht zu Unrecht hat denn auch der Genosse Bratschi bei seiner Eröffnungsrede vor dem Gewerkschaftskongreß erklärt, die Maßnahme vom 26. September habe die Schweiz den westlichen Demokratien weiter angenähert, will sagen: von Deutschland abgeschnitten. Inwieweit tatsächlich französische Drohung oder Zwang in jener Nacht, als der Minister

Spinasse in Bern war, mitgespielt haben, wird wohl nie festzustellen sein. Unzweifelhaft aber bringt die Maßnahme die Schweiz in die Gefahr, sich vom währungspolitischen Gesichtspunkt aus aus der Neutralität hinausmanövrieren zu lassen.

Über gerade in dieser Richtung wird man heute äußerst vorsichtig sein müssen. Die begreifliche und durchaus begründete Abneigung des Schweizers gegen die Diktatur hat ja schon seit langem über das Prinzipielle hinausgegriffen und sich in einer unsere Beziehungen zu Deutschland außerordentlich belastenden Einstellung kristallisiert. Immerhin ist nicht zu bestreiten, daß unsere große Presse sich in der letzten Zeit einer gewissen zurückhaltenderen Beurteilung der deutschen Verhältnisse befleißigt. Und heute erfährt man, daß der Posten eines deutschen Gesandten in Bern nicht etwa vorläufig unbesezt bleiben, sondern mit einem so ausgezeichneten Mann und Kenner der schweizerischen Verhältnisse wie dem bahrischen Ministerpräsidenten Siebert besetzt werden soll. Unsere Pflicht jedenfalls ist es, und zwar durchaus im eigenen Interesse, dafür zu sorgen, daß die Währungsangleichung unsere Beziehungen zum Reich nicht noch mehr belastet.

Über die wirtschaftliche Lage nach der Abwertung läßt sich heute noch kaum etwas Bestimmtes sagen. Die drei Wochen, die seit dieser Maßnahme vergangen sind, geben aber immerhin einen gewissen Anlaß, auch für die Zukunft einigermaßen optimistisch zu sein; denn die Hamsterwelle verlief sich erheblich rascher als man vermuten konnte, und die Preisgestaltung steht heute durchaus im Zeichen der Zusammenarbeit von Produzent, Händler und Konsument, sodaß die Hoffnung nicht unbegründet ist, die Preiserhöhung im Rahmen von 6—8 % (auf den Detailpreisen) zu halten.

Nicht in direkter Verbindung mit diesem Problem stehend, aber im Wesen der Angelegenheit ihm doch verwandt, ist eine Frage, die gerade durch die Abwertung wieder in ein helleres Licht gerückt wurde, nämlich die Frage unserer Privatforderungen an Deutschland. Mehr und mehr stellt sich heraus, daß der Bundesrat seinerzeit die Interessen der schweizerischen Finanzgläubiger in geradezu sträflicher Weise vernachlässigt hat. Nach einer Feststellung aus Bankkreisen ergibt sich, daß im Jahre 1931, als Deutschland sein erstes Zahlungsverbot nach dem Ausland erließ, die Forderungen schweizerischer Gläubiger in Deutschland gegen drei Milliarden Franken betragen haben. Demgegenüber bestand aber ein annähernd gleichhoher Betrag deutscher Privatguthaben in der Schweiz. Der Bundesrat hätte es unbedingt in der Hand gehabt, im Wege der Retorsion die Berücksichtigung der schweizerischen Interessen wenigstens in annehmbarem Maße zu erzwingen, indem er auch seinerseits ein absolutes Zahlungsverbot schweizerischer Schuldner an deutsche Gläubiger erlassen hätte. Mit Recht wird zu dieser Frage der „N. Z. Z.“ aus Bankkreisen geschrieben, daß Rechtsgründe keine Hinderung in dieser Richtung hätten bedeuten können, weil das Mittel der Retorsion als Grundrecht eines jeden souveränen Staates angesehen werden kann. Mehr und mehr muß es heute unverstänlich erscheinen, daß der Bundesrat die ganzen Jahre über wohl die angeblich unerseßlichen Verdienste von Herrn Minister Stücki in der deutschen Reichshauptstadt brillieren ließ, aber nicht auf den Gedanken kam, durch die einzig wirksame Maßnahme den Schweizerbürgern, die auf seinen Schutz rechnen durften, diesen Schutz auch zu gewähren. So sind wir mehr und mehr in eine hoffnungslose Verhandlungsposition hineingekommen, je größer der Abfluß deutscher Guthaben aus der Schweiz anschwoll, bis es so weit kam, daß wir mangels irgendwelcher einigermaßen erheblicher deutscher Gegenwerte in der Schweiz überhaupt nichts mehr ausrichten können. Das ist eine blamable und eine traurige Angelegenheit!

So wenig heute die Konsequenzen der Abwertung im Gesamten übersehen werden können, so sehr andererseits wird man darauf zu achten haben, daß die sich aus der Abwertung direkt und indirekt ergebenden Uberschüsse nicht ver-

schleudert werden. Die Gefahr besteht allerdings. Von verschiedenen Seiten beginnt man, den Bundesrat in dieser Richtung unter Druck zu setzen. Hier ist das der Abwertung auf dem Fuße folgende Entstehen einer neuen Volksfront bemerkenswert, die sich vom evangelischen Arbeiterbund über Herrn Müller-Großhöchstetten, die Kreise der „Nation“ bis zum schweizerischen Gewerkschaftsbund erstreckt. Darüber ist nun aber kein Zweifel möglich: wenn diese Leute bestimmenden Einfluß im Bundeshaus bekommen, dann gehen unsere Finanzen den Weg der französischen und dann wäre es für niemanden mehr verwunderlich, wenn uns die Zeitung eines schönen Morgens mit der Nachricht von einer zweiten Abwertung beglücken würde.

Es ist zu hoffen, daß die besonnenen Kreise des Volkes rechtzeitig das Notwendige vorkehren und das Schweizer Volk auf die außerordentliche Gefährlichkeit dieser Volksfrontpolitik aufmerksam machen. In dieser Richtung ist uns der 16. Oktober 1936 ein neuer Ansporn: Dieser Tag hat bewiesen, daß das Schweizer Volk, mag es auch noch so sehr schimpfen und kritisieren, bei wichtigen Entscheidungen seinen politischen Sinn offen an den Tag legt und genau das tut, was man vernünftigerweise erwarten kann. So ging es mit der Wehranlage — sorgen wir durch Aufklärung auf breitem Boden dafür, daß dieser politische Sinn unseres Volkes sich auch in der kommenden Wirtschaftspolitik zum Segen auswirke.

Basel, den 19. Oktober 1936.

Jann v. Sprecher.

Zur politischen Lage.

Der Völkerbund im Hintergrund. / Ein Währungszerfall. / Die Lage in Spanien klärt sich. / Die französische Regierung unter Druck. / Belgien merkt etwas. / Österreichs katholische Diktatur erstarkt.

Im vergangenen September fanden sich zu Genf wieder einmal wie üblich die Völkerbundsdelegierten zusammen. Während man meinen sollte, daß der Völkerbund gerade in den heutigen so erregten Zeitläuften eine hervorragende Rolle spielen würde, war diesmal gerade das Gegenteil der Fall. Die diesjährige Völkerbundsversammlung stand recht eigentlich im Hintergrund der Ereignisse. Schon zu Anfang mußte sie sich mit einer fast etwas historisch anmutenden, grundsätzlich allerdings schwerwiegenden Angelegenheit abplagen. Der Negus von Abessinien, dem die Italiener einen Großteil seines Reiches mit Waffengewalt entzogen haben, wollte sich natürlich von dem Forum der internationalen Gerechtigkeit nicht wegdrängen lassen, wie dies Frankreich und England gerne getan hätten, um den grollenden Mussolini für eigene Zwecke zufrieden zu stellen. Nach langem Hin und Her siegte — hauptsächlich unter dem Einfluß Rußlands, Hollands und der nordischen Staaten — der dem Völkerbund allein würdige Gedanke, die äthiopische Delegation doch zuzulassen. Das geschah mit neununddreißig Stimmen; vier Stimmen waren dagegen und sechs Länder enthielten sich überhaupt der Stimme. Daß man sich in Italien hierüber arg verstimmt zeigte, versteht sich von selbst. Mussolinis Worte, daß nun eben der Völkerbund den Negus und Italien das abessinische Reich behalten, zeigt seine Tendenz, sich Genf gegenüber gleichgültig zu verhalten. Immerhin reicht diese Gleichgültigkeit nicht so weit, daß Italien auf die Zugehörigkeit zum Völkerbund keinen Wert mehr legen und deshalb den Austritt erklären würde.

Die äthiopische Frage hat fast am meisten Aufsehen erregt. Was daneben noch verhandelt wurde, verhallte mehr oder weniger in den Wirren dieser Zeit. Immerhin muß darauf hingewiesen werden, daß gerade im Hinblick auf die Konstitution des Völkerbundes manches Wertvolle gesagt wurde. Nach dem offenkundigen

Versagen im äthiopischen Konflikt scheint man einer Reform näher treten zu wollen. Man kann nun wohl mit Eden die Nicht-Universalität und Energielosigkeit beklagen, aber wenn man dann auf der andern Seite davon spricht, daß der Völkerbund nicht dazu dienen dürfe, den gegenwärtigen politischen Zustand zu verewigen, so muß die neue Konstitution doch jedenfalls ein reines Wunderwerk werden. Soll sie doch den Frieden und politische Veränderungen zugleich garantieren! Wie sich übrigens jüngst in Genf gezeigt hat, ist man nun endlich allseits so weit, daß man zwischen dem Versailler und den andern Friedenspakten einerseits und dem Völkerbundsvertrag andererseits einen sauberen Trennungsschnitt ziehen will. An die Erörterung der Völkerbundsreform schloß sich eine interessante wirtschaftspolitische Diskussion an, die indessen mehr orientierenden Charakter hatte. Es blieb auch nicht aus, daß die legitime Marxistenregierung Spaniens ihre Beschwerden gegen die Nichteinmischung, das heißt also gegen die dadurch bewirkte Verschärfung ihrer Lage vorbringen ließ, wofür sie aber nur taube Ohren fand. In der Tat kann es nicht Sache des Völkerbundes sein, sich neben den zwischenstaatlichen Angelegenheiten auch noch um innerstaatliche zu kümmern und den Regierungsmännern ihre Sitze zu wahren.

* * *

Die Krankheit der nationalen Wirtschaften, die durch industrielle Überproduktion, Zollschranken und zu hohe Lebenshaltung bedingt ist, gewann ihren niederschmetternden Ausdruck in dem allgemeinen Währungszerfall, der Ende September einsetzte. Überall zeigte sich ein Stocken des Absatzes und eine Häufung der Staatsausgaben, wogegen nur das Mittel der Abwertung als tauglich erschien. Die erste „Anpassung der Währung an die wirtschaftliche Lage“ wurde von der französischen Volksfrontregierung am 25. September in Szene gesetzt. Man kann sie direkt als eine Folge der großzügigen Wirtschaftspolitik des Front populaire bezeichnen, die mit Lohnerhöhungen, Feringewährung und massenhaften öffentlichen Arbeiten die wirtschaftliche Lage bessern wollte. Um die trüben Verhältnisse etwas zu verbrämen, beschaffte sich Léon Blum für die notwendig gewordene zweite Frankenabwertung schnell eine Zustimmungserklärung von England und Nordamerika, worin der Währungsfriede und die gegenseitige Anpassung freudig begrüßt wurde. Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß eine Stabilisierung der Währung auf einem gegenseitig tragbaren Niveau viel zur Beruhigung der Wirtschaft beitragen würde, indessen bleibt doch immer die Abwertung eine peinliche Angelegenheit, besonders solange eben diese Stabilisierung nicht zur Tatsache geworden ist. Frankreich hat jetzt den Wert seiner Währung um einen Viertel bis einen Drittel herabgesetzt. Wog der Franc früher 65,5 Milligramm Gold, so ist die Parität nun auf 49 bis 43 Milligramm herabgesetzt worden. Diese Abwertung bildete den Auftakt zu den weiteren Abwertungen in der Schweiz (215 bis 190 Milligramm statt 290 Milligramm), in Belgien und Holland. Hintendrein ist dann auch noch Italien zu den genannten Staaten gestoßen, indem es 100 Lire auf 4,677 Gramm gegenüber früher 7,919 Gramm festsetzte, gleichzeitig aber die schroffsten Maßnahmen ergriff, um die Folgen der Devaluation im Innern des Landes nicht spüren zu lassen. Es geht eben darauf aus, seine Währung möglichst autarkisch zu gestalten. Schließlich folgte auch noch die Tschechoslowakei mit einer Abwertung ihrer Krone um 13,3 bis 18,7 Prozent. Nur Deutschland, dessen wirtschaftliche Lage doch eine Abwertung der Mark als ebenso zwingend erscheinen läßt wie bei den anderen Staaten, hat den Marsch nach unten noch nicht mitgemacht. Sein Bedarf an ausländischen Rohstoffen dürfte aber trotzdem in absehbarer Zeit eine Anpassung bewirken. Vielleicht erwarten aber die deutschen Stellen zunächst noch eine internationale Währungs- und Wirtschaftsverständigung ab. Eine solche scheint auch uns das dringendste zu sein.

* * *

Nach mehreren Monaten unbändigen Ringens hat sich die Lage im spanischen Bürgerkrieg deutlich zu Gunsten der aufständischen Militärpartei gewendet. Seit unserer letzten Betrachtung sind von ihr die Stadt San Sebastian besetzt, Toledo erobert und die Hauptstadt Madrid fast vollständig eingekreist worden. Es ist dabei beachtenswert, wie die Nationalisten, die doch ziemlich abweichende Richtungen zusammenfassen — wie die Karlisten, die Monarchisten, die Faschisten und die konservativen Republikaner —, in diesem Kampf um die Würde und die bodenständige Eigenart Spaniens ihre Besonderheiten verwinden und sich zum gemeinsamen Handeln zusammenfinden. Allerdings ist zu sagen, daß die führende Gewalt ja nicht in den Händen dieser einzelnen Gruppen, sondern in den Händen des Militärs ist. Die in Burgos residierende „Junta der Landesverteidigung“ hat denn auch am 30. September den General Franco als Staatsoberhaupt und Chef der Regierung in Personalunion bestellt. In Übereinstimmung mit dem Aussprüche des Generals Mola: „Regieren muß die Armee, weil sie allein genügend Autorität hat, um die heterogenen Elemente, aus denen Spanien zusammengesetzt ist, zu vereinigen“ hat Franco sein Regierungsprogramm dahin entwickelt, daß die wichtigsten Regierungsposten mit Militärpersonen besetzt werden sollen. Der neue Staat soll auch totalitären Charakter haben, immerhin unter Wahrung der provinziellen Traditionen. Den Arbeiter will Franco gegen kapitalistische Ausbeutung schützen, und ferner die Glaubensfreiheit gewährleisten, wobei allerdings ein Konkordat mit der Kurie in Aussicht genommen ist. Schritt für Schritt rücken nun die Nationalisten gegen die Übermacht der Volksfrontmiliz vor. Ein Beweis ihrer Hartnäckigkeit und Heldenmütigkeit ist die Verteidigung des Militärkastells Alcazar in Toledo, wo sich eine verhältnismäßig kleine Schar von nationalistischen Verteidigern monatelang gegen die rings anstürmenden Volksfrontleute hielt und sich auch durch die Sprengung der Burg hindurchretten konnte. Etwas Ähnliches ereignete sich bei der — nunmehr ebenfalls entsetzten — Stadt Oviedo im Norden, deren Einnahme von den Nationalisten zwei Monate lang abgewehrt wurde.

Bei der legitimen Regierung in Madrid mehren sich die Schwierigkeiten einmal äußerlich, indem die Militärpartei Madrid immer mehr bedrängt und ihm sogar seine Hauptversorgungsverbindung mit Valencia abzuschneiden droht. Sodann aber wachsen auch im Innern die Schwierigkeiten. Man muß bedenken, daß die spanische Volksfront sich aus viel verschiedenartigeren Elementen zusammensetzt als die Nationalisten. Da stehen neben den Syndikalisten und Sozialisten auch die Linksbürgerlichen und die Kommunisten. Diese alle haben noch — außer ihren eigenen Differenzen — mit der immer größer werdenden Gruppe der Anarchisten zu rechnen. Aberdies spielen die lokalen Gegensätze zwischen Madrid, Katalonien und gegenüber den baskischen Provinzen eine große Rolle. Die Haupttendenz der unter Largo Caballero stehenden Regierung ist heute unzweifelhaft kommunistisch: es wird deshalb lebhaft an der Sowjetisierung gearbeitet und die Verstaatlichung der Banken, des Kirchengutes, des Großgrundbesitzes und Großindustrie durchgeführt oder wenigstens in Aussicht genommen. Die Linksbürgerlichen müssen jetzt einfach mit den Sozialisten und Anarchisten mitgehen, auch weiter, als sie eigentlich wollen. Bei aller Verwerfung der kommunistischen Pläne wird man indessen doch nicht darum herum kommen, die Berechtigung gewisser Reformen in Hinsicht auf die Kirche und den Großgrundbesitz anzuerkennen. Das sind Reformen, die auch von der allenfalls siegenden Militärpartei durchgeführt werden müssen, wenn in Spanien vernünftige Verhältnisse geschaffen werden sollen. Eine andere böse Angelegenheit ist die Haltung von Katalonien. Es heißt nämlich, Katalonien sei entschlossen, sich selbständig zu machen.

Von den ausländischen Staaten ist die legitime Regierung — nicht weniger aber auch die Militärpartei — fast ganz abgeschnitten. Die Verständigung über die Nichteinmischung hat den wohlthuenden Vorteil, daß der spanische Brand von außen nicht mehr geschürt werden kann. Es wird zwar von der Regierung geklagt, daß die

Militärpartei von Deutschland, Italien und Portugal Unterstützung empfangen, ja Rußland hat sich sogar zum Fürsprecher der Regierung gemacht. Die erhobenen Vorwürfe sind indessen jedenfalls unberechtigt oder übertrieben. Sie stützen sich auch nur auf die „Korrespondenten der Weltpresse“, die bekanntlich recht oft aus dem Leeren schöpfen.

* * *

Bei den nun einmal in Frankreich herrschenden Verhältnissen und bei der von der Regierung entwickelten Initiative muß man sich eigentlich wundern, wie Léon Blum sein Schiff durch alle die Fährnisse hindurch zu steuern vermag. Er steht doch ständig unter Druck. Zunächst wollten die Fabrikbesetzungen in Lille, Paris und Lyon nicht enden, obschon sie dem zwischen Unternehmern und Arbeitern abgeschlossenen sogenannten „Matignon-Abkommen“ widersprechen. Sie bilden aber ein einfaches Mittel, um die gewerkschaftlichen Begehren durchzusetzen. Ihnen gegenüber hat sich der „Front populaire“ für das Privateigentum an den Fabriken ausgesprochen müssen. Die Regierung kam den Gewerkschaften hinwiederum darin entgegen, daß sie für Preisfragen und Lohnkonflikte ein beschleunigtes Schiedsverfahren einrichtete. Die Klippe der Abwertung konnte die Regierung damit umschiffen, daß sie im Abwertungsgesetze die Bestimmung wegließ, wonach die Lohnerhöhung progressiv mit zunehmender Lohnhöhe abnehmen sollte und dadurch, daß sie sich einfach für das Erforderliche nicht näher bestimmte Vollmachten geben ließ. Eine weitere Gefahr lauerte bei den Kommunisten, welche ausgerechnet in Elsaß und Lothringen gegen Deutschland und die rechtsstehenden Gruppen protestieren wollten. Blum brachte es hier so weit, daß die über hundert angesagten Versammlungen auf etwa zehn zusammenschmolzen, die zudem nicht einmal gut besucht waren. Die Nachteile, welche eine allzu stark nach links orientierte Politik für die äußere Stellung Frankreichs hätte, haben dann auch dazu geführt, daß Blum den Radikalen in der Frage des Privateigentums recht geben mußte. So wird die Volksfrontregierung von ihren eigenen Leuten herumgezerrt, und man kann wirklich sagen, daß dieses „Ministerium des Kontaktes mit den Massen“, wie es Blum nannte, mit den Massen reichlichen Kontakt hat. Es darf aber trotzdem ansehnliche Erfolge buchen, zu denen jedenfalls auch der gehört, daß der Gewerkschaftsführer Jouhaux sich gegen die Sozialisierung und Sowjetisierungstendenzen aussprach.

Bekanntlich sind die Verbände der Rechten wie die „Croix de Feu“ vor geraumer Zeit verboten worden. Der Oberst de la Roque hat nun in seiner „Sozialpartei“ ein Instrument geschaffen, das die Tendenzen der „Croix de Feu“, insbesondere ihre Ablehnung des Bolschewismus, mit Erfolg weiterführt. Diese Partei ist von großer Entschlossenheit, hat doch ihr Führer erklärt: „Nichts, auch der Tod nicht, wird die Bewegung der nationalen Wiedergeburt aufhalten, die ich mit meinen Freunden ausgelöst habe. Was auch geschehen mag, wir befinden uns auf dem Wege des Sieges und der Versöhnung in Frankreich.“ Die von der Sozialpartei angewendete politische Strategie, die wegen ihrer geheimen Einberufung und wegen der Konzentrierung auf bestimmte Punkte mit ähnlichen ausländischen Nationalbewegungen Vieles gemeinsam hat, läßt noch scharfe Auseinandersetzungen vorausahnen.

* * *

Vor dem Weltkriege hat Belgien dem Gedanken der absoluten Neutralität gehuldigt, ist dann aber durch die Kriegereignisse selber in den Bann der Versailler Siegermächte eingezogen worden. Seitdem haben sich die Verhältnisse von Grund auf geändert. Dem inneren Erstarken Deutschlands steht ein Auseinanderfallen der Locarnomächte und vor allem ein politisch unberechenbares Frankreich gegenüber. Nun hat der König der Belgier, Leopold III., am 15. Oktober die Rückkehr

Belgiens zur Neutralitätspolitik verkündet. „Die geographische Lage des Landes,“ so begründete der Herrscher die Rückkehr zum früheren Zustande, „erfordert einen militärischen Apparat, der für fremde Mächte ungeeignet ist, Belgiens Territorium zum strategischen Knotenpunkt auszuwählen. Jede einseitige Politik schwächt unsere Position; selbst eine Allianz, die nur defensiven Charakter hätte, würde das Ziel nicht erreichen.“ Durch die Neutralität möchte sich also Belgien den Frieden sichern. Es will durch eine militärische Verbündung mit Frankreich nicht etwa Deutschland, das ja die Rheinzone wieder besetzt hat, den Vorwand für einen Angriff auf Belgien liefern. Während die Erklärung König Leopolds von Deutschland und England wohlwollend aufgenommen wurde, hat sie natürlich in Paris Überraschung, ja Bestürzung hervorgerufen, bedeutet sie doch, daß alle bisherigen militärischen Bindungen mit Frankreich dahinfallen und Frankreich in seiner Verteidigung ganz auf sich selbst gestellt ist. Die neue Stellungnahme Belgiens entspricht einem staatsmännisch klugen Vorgehen zur eigenen Sicherung, wird aber energische militärische Vorkehrungen erheischen.

* * *

Damit die Mannigfaltigkeit der Staatsformen voll werde, hat sich auch der Papst noch eine Diktatur zugelegt. Sie heißt Ö s t e r r e i c h. Dort wird bekanntlich ein Staat nach seiner Enzyklika „Quadragesimo anno“ ausgerichtet, dessen oberste Richtlinie die reine Katholizität ist. Nachdem Österreich vor noch nicht allzu langen Jahren in den Händen der Sozialisten weilte, kann man sich denken, daß die Umgestaltung in ein nationales, katholisches, ständisch gegliedertes, bewehrtes und diktatorisches Österreich nicht von einem Tag auf den anderen möglich war. Jetzt ist aber sozusagen der Schlußstein in das neue Gebäude eingefügt worden. Der Bundeskanzler Schuschnigg hat nämlich am 10. Oktober die militanten Verbände, insbesondere die „Heimwehr“, aufgelöst und die obligatorische Milizdienstpflicht eingeführt. Vorausgegangen war noch ein Streit zwischen den Heimwehrführern Fürst Starhemberg und Major Fey, in dessen Folge die Heimwehrminister Draxler und Pernter demissionierten, um hierauf ohne Bindungen an die Heimwehr wieder ernannt zu werden. Als nichts mehr anderes zu machen war, hat dann Fürst Starhemberg, der sich kurz zuvor noch mit einem Ultimatum gebrüstet hatte, sein Führertum aufgegeben und seine Leute aufgefordert, die staatlichen Weisungen zu befolgen. Mit dem Verschwinden der Heimwehr sind nun alle Nebenregierungen in Österreich ausgeschaltet, und vor uns steht eine reine Diktatur nach dem katholischen Staatsgedanken. An die Stelle des Parlamentarismus ist eine Regierung getreten, deren Wille rein von oben herab gebildet wird. Schuschnigg hat allerdings den Diktaturcharakter seines Staates abgelehnt mit den Worten: „Der Dollfuß-Staat ist keine Diktatur, aber er bekennt sich zur autoritären Führung.“ Diese Unterscheidung ist jedoch weder richtig, noch trägt sie, wenn sie auch stimmen würde, viel aus.

B ü l a c h, am 19. Oktober 1936.

W a l t e r H i l d e b r a n d t.

Französischer Brief.

Was hat sich seit unserer letzten Monatschau trotz der toten Ferienaison in Frankreich nicht alles zugetragen! Im Mittelpunkt der Ereignisse steht natürlich der W ä h r u n g s r u t s c h, hier wie in der Schweiz, die Notgedrungen folgen mußte; ein Geschehen von weittragender sozialer, wirtschaftlicher und politischer Bedeutung. Er kam plötzlich zwar, doch nicht unerwartet; denn der innerpolitische Weg, den das Volksfrontkabinett Blum seit dem Monat Juni eingeschlagen hatte, konnte nur dahin führen — „wer zum Begräbnis geht, kommt nicht zur Kirmeß,“ heißt es bei uns daheim. Das Mäntelchen der „internationalen Verabredung“ wirkte daher ge-

radezu kindlich naiv, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß es keine praktische Wichtigkeit haben könne. Es wirkte nur so, weil man aus der bitteren Not eine Tugend machen wollte, aus der ersten schweren Niederlage der Volksfrontpolitik einen Sieg des internationalen Wirtschafts- und Währungsgebantens. Im parlamentarischen Gesecht sind dergleichen Kunstgriffe bei den Regierenden beliebt, und auf das breite Publikum, wenn nicht gar auf die Abgeordneten selber, pflegen sie ihre Wirkung nicht zu verfehlen: Fiktionen, die zum eisernen Bestand der Nachkriegspolitik in allen Ländern gehören. Auf die Ursachen der Währungskatastrophe an dieser Stelle näher einzutreten, erübrigt sich. Was darüber in rein technischer Beziehung zu bemerken ist, haben die sogenannten Sachverständigen in allen Tonarten verkündet, und das Politische versteht sich, wie bei dem Professor Wischer das Moralische, von selber. Begnügen wir uns damit, das bekannte Wort von Jean Jaurès über Kapitalismus und Krieg ein wenig zu verändern: Wie die Wolke das Gewitter, so trug die französische Volksfront den Zusammenbruch des Frankens in ihren Flanken. Verstehen wir uns gut: Nicht die Volksfront in ihrer sozialen Politik, die nur in allzu kurz bemessener Frist und mit demagogisch-klassenkämpferischen Hintergedanken die Versäumnisse der französischen Regierungen, aller vorhergehenden Regierungen und ihrer Mehrheiten, einholen mußte. Sondern die Volksfront in ihrer typisch kommunistischen und revolutionären Färbung, als ein taktisches Gebilde der roten Drahtzieher in Moskau. Denn was die Späßen nachgerade von den Dächern pfeifen, kann auch von dem politischen Chronisten nicht stark genug unterstrichen werden: Für die Kommunisten ist die Volksfront nur ein Werkzeug zur Erreichung ihrer besonderen Ziele, die mit den politischen Bestrebungen Sowjetrußlands völlig identisch sind. Immer wieder muß auf die entscheidende Sitzung hingewiesen werden, die der Komintern am 2. August 1935 unter dem Vorsitz von Kuusinen in Moskau abhielt, und in deren offiziellen Bericht wir auf Seite 1841, 1. Spalte, lesen:

„Die Regierung der Volksfront ist eine Kampfregierung. Sie schafft die günstigen Bedingungen zur revolutionären Aktion der kommunistischen Partei und zur Organisation der Arbeitermassen. Es handelt sich darum, die Machtergreifung durch eine revolutionäre Sowjetregierung zu beschleunigen. Dazu sind drei Bedingungen erforderlich: Desorganisation des Regierungsapparats und Lähmung des bürgerlich-liberalen Staatswesens, indem man aus der Armee, der Verwaltung und der Polizei alle reaktionären Elemente entfernt. Schaffung von revolutionären Organisationen (proletarische Massen und Arbeitermilizen), die unter Führung der kommunistischen Partei die Sowjetmacht herstellen. Zerlegung der sozialistischen Parteien und der übrigen Bestandteile der Volksfront, um die Massen zum revolutionären Sturm gegen den bürgerlichen Staat mitfortzureißen.“

Das bunte Geschehen in Frankreich wird nur klar und durchsichtig, wenn man mit dem Maßstabe dieser revolutionären Taktik mißt. Sonst bleibt es wirr und zum Teil völlig unverständlich. Es ist in den letzten Wochen von Franzosen selber viel zur Aufdeckung der genannten Zusammenhänge getan worden; manches Rätsel der französischen Politik erscheint jetzt gelöst, manche Zweideutigkeit beseitigt. Eine Artikelfolge von Wladimir d'Ormesson, der überall klaren Geistes ist, wo ihm nicht eine unüberwindliche, instinktive Abneigung gegen das nationalsozialistische Deutschland den Blick trübt, legt im „Figaro“ (und jetzt auch in Broschürenform bei Flammarion) ein paar Fäden bloß, in die sich nach seinem Dafürhalten die französische Politik wie in einem dunklen Netz verstrickt hat. Seit Abschluß des Russenpaktes, von dem Stéphane Lauzanne etwas drollig schreibt, es wäre besser gewesen, an jenem Tage hätte Pierre Laval die Hand verstaucht gehabt, sei der Niedergang des französischen Prestige bei allen seinen Verbündeten und Fremden unaufhaltsam gewesen, meint d'Ormesson. Der Grund dafür liegt darin, daß sich der Quai d'Orsay von seiner historischen Realpolitik entfernte, die immer auf das Allerstrengste gewisse außenpolitische Notwendigkeiten von der Gestaltung seiner inneren Politik absonderte.

Die Sowjets haben diesen Fehler sofort entdeckt und ihn weidlich ausgenützt. Für sie handelte es sich darum, den europäischen Machtfaktor, den Frankreich immer noch darstellt, fest in Händen zu halten und richtig einzusetzen. Zu diesem Ende verschafften sie sich einen maßgebenden Einfluß auf die französische Innenpolitik, ließen die Mystik des Linksgedankens wirken, benützten den Machthunger der Radikalen, die Ideologie der Sozialisten, die Furcht des französischen Kleinbürgers vor dem fascistischen Schreckgespenst — und spielte mit der kommunistischen Partei Frankreichs wie mit einer Marionette. Bis tief in die Reihen der Nationalen hinein, wo Chauvinistischer Haß und Furcht von jeher den Blick trübte, übte dieser Zauber seine Wirkung aus; der Große französische Generalstab selber ließ sich eine Weile betören, Woroschilows Fallschirmarmee war ein potemkinsches Dorf von ungeheuren Ausmaßen!

Dann kam langsam die Ernüchterung. Die wachsende diplomatische Vereinigung Frankreichs, der Pakt zwischen Österreich und Deutschland, das vorsichtige Zaudern des Kleinverbands, die ganz bestimmte Sprache Polens, die Schwertung Belgiens — alles dies und noch manches andere stimmte nachdenklich. In Genf hat eben der Ministerpräsident Léon Blum selber den russischen Vertretern, Maxim Litwinow an der Spitze, ein paar derbe Wahrheiten gesagt. Gerade das französische Mitglied im Londoner Neutralitätsausschuß, Botschafter Corbin, sagte in unzweideutiger Sprache über die russische Interventionsbombe zugunsten des spanischen frente popular alles, was darüber zu bemerken war, und was der offiziöse „Temps“ noch viel schroffer ausdrückte: Wäre es den Sowjets darum zu tun, ganz Europa in Brand zu stecken, sie könnten nicht anders handeln. Dafür hatte der Volkskommissar Maxim Litwinow vorher in Genf unendliche Intrigen gesponnen, hatte dem französischen Bundesgenossen durch den gewollten Affront Italiens in der abessinischen Angelegenheit einen kaum wiedergutzumachenden Schlag versetzt, die Fünferkonferenz, auf die Frankreich so große Stücke hält, zu den griechischen Kalenden geschickt — mit einem Wort: Er hat zwar nicht dem Covenant — das soll erst kommen — aber doch dem Völkerbund *Ž ä h n e* eingesetzt, deren erster Biß der bisher in Genf allmächtigen englisch-französischen Politik galt.

Um diese neueste Taktik der Machthaber in Moskau zu verstehen, muß man auf die „außerordentliche Konferenz“ zurückgreifen, die am 12. September im Kreml zusammentrat und das Präsidium des Komintern, die Mitglieder des Politbüros und die Vertreter des Volkskommissariates für auswärtige Angelegenheiten umfaßte; der kranke Diktator Stalin war durch seinen neuen Günstling *М е т х л и с с е*, der an die Stelle Kadeks getreten ist, sowie durch drei andere Persönlichkeiten namens *Г ј о w*, *А к у л о w* und *А н т и п о w* sehr stark vertreten. Der Beratungsgegenstand war so bezeichnet: „Zergliederung der internationalen Lage vom politischen Standpunkt aus. Aufstellung von Richtlinien zum Gebrauch der Sowjetdiplomatie und der Vertreter des Komintern.“ Berichterstatter waren *Р о з к о w с к и*, *М е т х л и с с е* und *Р о л а r o i w*. Für die kommunistische Aktion wurden sieben „Thesen“ aufgestellt, deren wichtigsten lauten: Die Taktik der Volksfront hat ihre stärksten Ergebnisse bereits gezeitigt. Sie konnte nur in einzelnen Ländern angewendet werden, da in sehr vielen anderen die fortschrittlichen Bourgeois und die Sozialisten sie verwarfen. Die Linksruppen in den verschiedenen Ländern haben nur schwach auf die Nürnberger Angriffe gegen Sowjetrußland reagiert; die Möglichkeit, eine antifascistische Weltfront zu bilden, muß als gering bezeichnet werden. Es geht also nicht mehr an, den revolutionären Schwung der Massen aus solchen Rücksichten heraus zu hemmen. Der Übergang zur revolutionären Phase darf nicht weiter verschoben werden. Die Außenpolitik Sowjetrußlands wird nach Maßgabe dieser Forderung *u m g e ä n d e r t*. — Nach den „Thesen“ folgen die beiden „Direktiven“, die so wichtig sind, daß sie wörtlich angeführt werden müssen: „Die kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern müssen den ideologischen Kampf gegen die *С о з и а л и с т е n*, sowie den Klassenkampf gegen die fortgeschrittenen *б у р г е р л и ч е n* Parteien, wieder aufnehmen und weiter-

entwickeln.“ — „Dieser Kampf muß geführt werden, ohne daß durch einen Schlag die Volksfront zerrissen werde. Der Bruch der Volksfront darf nicht ohne bestimmte Befehle angestrebt werden.“

Im Besonderen wurden daraus folgende außenpolitische Richtlinien abgeleitet: „Im Schoße des Völkerbundes soll die Politik der Zusammenarbeit mit Frankreich und England etappenweise a b g e b a u t werden. Es ist dahin zu wirken, daß Italien von diesen zwei Mächten abgetrennt und Deutschland angenähert werde. Die Reibungsflächen zwischen den kapitalistischen Ländern sind zu vergrößern; Deutschlands Aufmerksamkeit soll in der Richtung des R h e i n e s und der D o n a u fixiert werden.“ Es schließt sich daran noch die „französische Konferenz“, zu der M a u r i c e T h o r e z, der Generalsekretär der kommunistischen Partei in Frankreich, nach Moskau befohlen worden war; sie fand am 16. September unter dem Vorsitz von Kuusinen statt. Nach dem offiziellen Bericht wurde Thorez sowohl in seiner persönlichen wie in seiner Parteipolitik scharf getadelt. Man warf ihm vor, viel zu viel zu reden, persönlich zu stark hervortreten, überhaupt zu eigenmächtig vorzugehen und sich in einer „Führerrolle“ zu gefallen. Was habe es zum Beispiel mit seiner Lebensbeschreibung für ein Bewenden, die nichts als eine persönliche Lobhudelei sei und von der Partei offiziell vertrieben werde? Woher habe er das Geld zur Drucklegung dieses Buches genommen? — Dann kam man zu der politischen Lage in Frankreich, wie sie sich nach drei Monaten Volksfrontregierung darstellt. Die neuen „Instruktionen“ des politischen Sekretariates lauten dahin, daß die Volksfront in Frankreich vorerst beizubehalten sei, zum Mindesten bis zu dem Augenblicke, „wo alle Vorteile und Möglichkeiten, die sie der revolutionären Aktion gewährt, erschöpft seien“. Die gewerkschaftliche Abteilung bei der kommunistischen Partei Frankreichs hat den bestimmten Befehl erhalten, bis Ende Oktober alle Vorbereitungen zur „Action directe“ zu beenden. Sie muß sich ihrer endgültigen, vollständigen Macht ergreifung im Schoße des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT), sowie bei den wichtigsten Gewerkschaftsunionen und nationalen Verbänden versichern. „Der Erfolg der revolutionären Aktion, so heißt es zum Schluß dieser spezifisch französischen Anweisungen, hängt von der genauen Erfüllung dieses Programms ab.“

Am Hand dieser Moskauer Befehle, die Maurice Thorez am 25. September in einer Versammlung des politischen Büros seinen französischen Kameraden überbrachte, und die natürlich ohne jeden Einwand zur Kenntnis genommen wurden, entwickelte sich nun die jüngste Taktik der Kommunisten in Frankreich. Schon bei der Frankenabwertung, die gerade in jene Tage fiel, erlebten wir das längst nicht mehr gewöhnliche Schauspiel einer außerordentlich scharfen Stellungnahme der „Humanité“ gegen die „sozialistischen und radikalen Knechte der Hochfinanz“. Wir hörten wiederum das Wort vom „Verrat am arbeitenden Volke“, und die Verräter sind diesmal natürlich die Sozialisten, die damit ihre alte Bezeichnung „social-traitres“ zurückerhalten. Wir bemerkten auch, daß sich so grundsätzliche Gegner wie der „Großbürger“ J o s e p h C a i l l a u x und der alte Kommunistenführer M a r c e l C a c h i n in der herben Kritik an der Volksfrontpolitik im Senat fast wortwörtlich trafen. Caillaux bezeichnete genau wie die Kommunisten die Frankenabwertung als eine „indirekte Steuer“, zu deren Wesen es gehört, daß sie die Kleinen und Kleinsten im Staat ungleich scharfer trifft als die wirtschaftlich Bessergestellten. Zum ersten Mal tat sich also ein offenkundiger R i ß in der Volksfront auf, indem die Kommunisten, ihrer Taktik getreu, die gesamte Schuld am Frankensturz den beiden anderen Mehrheitsparteien in die Schuhe schoben. Wohl stimmten sie dann nach den Moskauer Weisungen wie ein Mann für die Regierung und bewahrten sie vor dem Zusammenbruch; aber auf s o z i a l e m Gebiet geht der Kampf um so erbitterter weiter. Mag sein, daß die Kommunisten ein richtiges Babanque-Spiel treiben, eine Politik auf Biegen oder Brechen; nur ist das Risiko dabei nicht übermäßig groß, solange der Ministerpräsident Léon Blum mit aller Feierlichkeit erklärt, er werde gegen die Arbeitermassen nie Gewalt anwenden, sein „Experi-

ment“ bestehe eben darin, mit den Gewerkschaften zu regieren, wobei man den Unterton heraushört: auch wenn die legalen Träger der Volkssouveränität, Kammer und Senat, nicht gerade mit dieser Regierungsweise einverstanden sind. Es liegt im Wesen der kommunistischen Partei Frankreichs, sich als Vertreterin eben dieser „Massen“ zu betrachten, und als solche ihre Befehle zu erteilen. Es gab eine Zeit, sie liegt noch nicht weit zurück, wo die Kommunisten die Volksfront zu einer „Front der Franzosen“ erweitern wollten; damals machten sich die russischen Sowjets noch gewisse Illusionen über die Möglichkeiten der französischen Außenpolitik. Sie wiegten sich in der Hoffnung, das gesamte bürgerliche Frankreich ließe sich unschwer in die antifascistische Front einspannen, und der französische Bauer sei dazu zu überreden, um irgend einer Mystik willen den Tornister auf den Rücken zu schnallen. Die „Zergliederung der internationalen Lage“, die am 12. September im Kreml vorgenommen wurde, hat zu der Erkenntnis geführt, daß mit dem Kleinbürgerlichen, auf reine Defensive eingestellten Frankreich in dieser Beziehung nichts anzufangen ist. Es wurde also mit der „Front der Franzosen“ Schluß gemacht, Oberst de la Rocque gehörte wieder mitsamt seinen Feuerkreuzlern an die Wand — „De la Rocque, au poteau,“ nach der Weise der Champions —, oder doch wenigstens ins Gefängnis, was nach den bekannten Hausfuchungen und der Klage des Staatsanwalts wegen unerlaubter Bildung von Kampfverbänden von der Humanité tagtäglich für den Führer der französischen Sozialpartei gefordert wird. Ein paar besetzte Fabriken und Kaffeehäuser werden von der Polizei mit Gewalt geräumt, den feierlichen Versprechen gemäß, die bei der Abwertungsdebatte erneut von der Regierung abgelegt wurden: sofort hieß es nicht mehr wie bisher „la Police avec nous“, sondern die Humanité schrieb wieder in ihrem alten Stil von den „Brutalitäten der Flics gegen wehrlose Arbeiter“. Dann kam die elsässische Angelegenheit, von den Kommunisten ohne jeden Anlaß vom Zaun gebrochen, nur um der Regierung Blum Knüppel in die Räder zu werfen und die Sozialisten als „verkappte Bundesgenossen Adolf Hitlers“ bloßzustellen. Léon Blum und sein Innenminister Salengro mußten sich zu demütigenden Verhandlungen bequemen, und das von den Kommunisten planmäßig erstrebte Ergebnis war: das ganze Elsaß in heller Empörung, 150 000 Mann Truppen, Polizei und Mobilgarde auf dem Fuß, verstärkter Grenzschutz auf der deutschen Seite, kommunistische Angriffe und scharfe Erwiderung der nationalsozialistischen Blätter — und in der Welt das wachsende Gefühl, daß Frankreich dem bolschewistischen Chaos entgegengeht. Dies alles in einem Augenblick, wo Ruhe die erste Bürgerspflcht, schärfste Ordnung die Vorbedingung ist für das Gelingen des „Experimentes“, das Léon Blum noch immer gläubig weiterführen will.

* * *

Es kann demnach nicht fehlen, daß man links und rechts nach einem Ausweg aus der verfahrenen Lage sucht. Parlamentarisch ist die Volksfront nach der jüngsten Kammer- und Senatschlacht sehr stark angegriffen, und politisch weist sie durch die veränderte kommunistische Taktik solche Risse auf, daß sie schon eigentlich nicht mehr als das gleiche Gebilde erscheint wie ehemals. Wohl rief Léon Blum in seiner fast mytisch anmutenden Rede vor den Arbeitern der Kohlenstadt Lens voller Pathos aus, er stehe und falle mit der Volksfront, und bei der Kammereröffnung im November werde man die Regierung mit neuer Energie am Werke sehen; aber es mischte sich in das Glaubensbekenntnis doch ein leiser Unterton des Sterbens und Vergehens, der einem politisch geschulten Ohre nicht entgehen konnte. Er gab selber die Antwort auf die Frage, die auf aller Lippen ist: Was kommt nach der Volksfront, nach der Regierung Blum? — Der Ministerpräsident ist zunächst entschlossen, auf seinem Posten zu bleiben, solange ihm die gegenwärtige Mehrheit ihr Vertrauen schenkt. Trifft dies nicht mehr zu, so wird er unter keinen Umständen versuchen, ein Kabinett „Blum Nr. 2“ zu bilden. Es kommt also keine

„auswechselbare Mehrheit“ in Frage, keine Konzentration, keine Erweiterung nach der parlamentarischen Mitte hin, wenn etwa die Kommunisten endgültig ausscheiden sollten. Wie Léon Blum, so werden auch die Sozialisten mit keiner anderen Mehrheit regieren als mit der gegenwärtigen; sie wollen nichts von einem „Linkenkartell“ wissen, das Kommunisten und Nationalisten auf beiden Seiten ausschließt. Man wird aus diesen ganz bestimmten und mit gutem Bedacht gemachten Äußerungen besonders entnehmen, daß Léon Blum und die französischen Sozialisten die Taktik der Kommunisten genau erkannt und durchschaut haben; denn es liegt auf der Hand, daß keine andere parlamentarische Konstellation die breiten Massen so restlos in die Arme der Revolution treiben würde, wie die eben gekennzeichnete.

Wir wissen aus ganz zuverlässiger Quelle, daß die Frage einer zukünftigen Regierungskrise, die schon sehr bald akut werden kann, nämlich in dem Augenblicke, wo Moskau die Frucht als ausgereift betrachtet, zwischen dem Ministerpräsidenten Léon Blum und seinem mutmaßlichen Nachfolger, dem gegenwärtigen radikalen Staatsminister Camille Chautemps, in allen ihren Einzelheiten geprüft und durchgesprochen worden ist. Längst haben die französischen Radikalen alle Illusionen über die Möglichkeit einer dauernden Zusammenarbeit mit den Kommunisten verloren. Sie sind immerhin in erster Linie Franzosen, geistige Erben der Jakobiner, Chauvinisten sogar, wenn es sein muß, Internationalisten nur insofern, als die französische Ideologie dabei voll zur Geltung kommt, Arbeiterfreunde, doch nicht Klassenkämpfer, Vertreter des „mittleren Franzosen“, den eine Welt vom wirtschaftlichen und politischen Bolschewismus trennt. Diese französischen Radikalen stehen vor ihrem Parteikongreß in Biarritz, sie müssen dabei Entscheidungen treffen, die für eine vielleicht nahe Zukunft gelten, ohne die Gegenwart zu kompromittieren. Aus diesem seltsamen und nicht ungefährlichen „Schwebezustand“ heraus hielt dann der unbestrittene radikale Führer Camille Chautemps vor dem Regionalverband in Angers seine große Rede, die richtungsweisend ist und zugleich den wichtigen Entwicklungsprozeß offenbart, den das „Rückgrat der Republik“ in diesem Augenblicke durchmacht. Das soziale Chaos, die wirtschaftliche Krise, die revolutionären Zuckungen, der Währungszusammenbruch nach fünfzehn Wochen Volksfrontregierung — alles dies hat die Kleinbürgerlichen, ordnungliebenden, patriotischen Radikalen auf eine gänzlich neue Bahn getrieben. Zum ersten Mal in der langen Geschichte des französischen Radikalismus ist von einer maßgebenden Persönlichkeit dieser Partei klar ausgesprochen worden, daß unter bestimmten Umständen die Rammerauflösung kein „Staatsstreich“ ist, wie es bislang zum richtigen republikanischen Glaubensbekenntnis gehörte, und daß unter den gleichen Umständen die politischen Parteien ihre volle Freiheit erhalten müssen. Mit dieser doppelten Forderung, deren Wichtigkeit nicht genug betont werden kann, ist der einzige Ausweg angedeutet, den es nach radikaler Ansicht — und nicht nur nach radikaler Ansicht — zwischen Bolschewismus auf der einen, Faschismus auf der anderen Seite gegenwärtig noch in Frankreich gibt. Es ist die große Staatsreform, die von dem klarblickenden, doch allzu schwachen und gutmütigen „Papa Doumergue“ verlangt worden war. Tardieu verzweifelt daran, weil die von radikalem Geiste erfüllte Kammer damals von einer solchen Umwälzung sakrosankter republikanischer Begriffe nichts wissen wollte. Aber seither sind über Frankreich „vier Monate Volksfront hereingebrochen“, und mit den republikanischen Heiligen machen die Kommunisten nicht viel Federlesens.

Die politische Entwicklung, wie sie dem radikalen Führer und „Ministerpräsidenten der Volksfront-Liquidation“ Camille Chautemps vorschwebt, wird sich ungefähr so vollziehen. Im gegebenen Augenblick muß Léon Blum gegen die Kommunisten die Vertrauensfrage stellen und reicht das Abschiedsgesuch seiner Regierung ein, die keine andere Mehrheit annehmen will als die gegenwärtige. Ungeachtet der völlig neuen parlamentarischen Lage und dem Fehlen einer kabinettstützenden Mehrheit wird der Vertreter der stärksten Partei, der Sozialist Léon

Blum, mit der Regierungsbildung beauftragt; in seinem persönlichen Namen wie im Namen der Partei lehnt der bisherige Ministerpräsident ab. Sein Nachfolger ist der Führer der zweitstärksten Partei, der Radikalsozialist Camille Chautemps. Er bildet eine Regierung des öffentlichen Wohls — denn die Kommunisten werden unterdessen wohl nicht müßig geblieben sein, es ist jetzt der entscheidende Augenblick gekommen, wo sie nach den Moskauer Weisungen zur „Action directe“ übergehen sollen — mit ausgedehnten Vollmachten und einem genau umrissenen Programm: *Wahlreform* und *Kammerauflösung*. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß der Senat für beide Anträge heute schon gewonnen ist. Die Gegner der Wahlrechtsreform waren bis jetzt die Radikalsozialisten selber, die Rede ihres Führers Chautemps in Angers beweist, daß sie angesichts der wachsenden Gefahr für den Bestand der Republik zu „heroischen Mitteln“ greifen wollen, selbst auf die Gefahr hin, ihre politische Zwitterstellung aufgeben zu müssen. Da dieselben Radikalen als „Demokratische Linke“ im Senat die Mehrheit besitzen, ist es möglich, die Verhältniswahl im Dringlichkeitsverfahren einzuführen, und sofort darauf die Kammer aufzulösen. Dann treten die einzelnen Parteien, eine jede mit ihrem eigenen Programm, vor die Wähler. Der kluge und vorsichtige *Romier* fürchtet, der Wirrwarr im Inneren und die gespannte außenpolitische Lage möchten eines schönen Tages die Berechnungen der Parteitaktiker durchkreuzen; er fragt im Besonderen, ob die Ereignisse einen ruhigen Wahlfeldzug im Jahre 1937 gestatten würden?

Daß es mit den „ruhigen“ Zeiten in Frankreich vorbei ist, weiß jedermann; es handelt sich jetzt nur darum, das Schlimmste abzuwehren, die Revolution im Innern und den Krieg nach Außen hin, die beide von den Kommunisten ganz offenkundig angestrebt werden. Kennt jemand da einen anderen, gangbaren Ausweg als den von Camille Chautemps gezeigten?

Paris, 15. Oktober 1936.

U. P ü b.

Kultur- und Zeitfragen

Alfred Marxer.

Zum 60. Geburtstage des Malers hat das Zürcher Kunsthaus eine Ausstellung von Werken Marxers veranstaltet. Es handelt sich nicht wie vor ein paar Jahren in Winterthur um eine Retrospektive, sondern um Werke der letzten Jahre. Beide Arten der Ausstellung sind Marxers Werk gleich angemessen. Die Retrospektive läßt schön die ruhig schreitende Entwicklung dieser Malerei vom Tonigen zum Gelöstfarbigen hin ersehen. Die Beschränkungen auf jüngste Werke hingegen stellt das nun Gewonnene stark heraus und bedeutet angesichts der Stetigkeit von Marxers Gesamtentwicklung keine Verfälschung seines Werks.

München und Paris sind die Hauptstationen seines künstlerischen Werdegangs. Daß München dabei stärker wirkte, liegt daran, daß dieses Malers allemannische Art glauben mußte, in der etwas schweren, gehaltenen Tonigkeit der Münchener Schule ihren eigenen Ton eher wiederzufinden. Erst später und nur schrittweise befreundete sich Marxer dann mit dem Impressionismus. Revolutionen gibt es nicht in seiner Kunst, sondern wachstümliches Ergreifen einer zuerst scheinbar fremden Welt und ihre Verwandlung in eigene Substanz. Impressionist ist heute Marxer im eigentlichen Sinne. Seine Bilder wollen nichts als die farbige Oberfläche der Dinge in ihrem Spiel mit dem Licht wiedergeben. Begleitete früher der Holzschnitt seine Bilder als Zeichen der eher schwerblütig bemühten Lebensergreifung des